

Uranabbau am Grand Canyon

Entscheidungsphase über Moratorium

Am 10. März 2011 hat die Umweltbehörde *Arizona Department of Environmental Quality (ADEQ)* den Anträgen der *Denison Mines Corp.* zum Betrieb von drei neuen Uranminen am Grand Canyon im US-Bundesstaat Arizona stattgegeben und eine Genehmigung im Hinblick auf Wasser- und Luftqualität erteilt. Der Betreiber hat damit einen Teilerfolg hinsichtlich der geplanten Uranminen in Arizona erzielt. Im Augenblick besteht noch ein Moratorium des Innenministeriums, das weitere Uranprojekte in der Region um das Naturwunder aussetzt. Von dem Abbau unmittelbar betroffen wären u.a. die *Havasupai*, die sich seit langem gegen den Uranabbau wehren.

Am 20. Juli 2009 erließ US-Innenminister Ken Salazar ein zweijähriges Moratorium hinsichtlich neuer Minenclaims innerhalb eines Gebiets von rund 4.000 Quadratkilometer, im amerikanischen Maß prägnanter: 1 Million acres. Dies betrifft neue Claims auf öffentlichem Land angrenzend an den *Grand Canyon National Park* in der *Kanab Creek Region* und im *House Rock Valley*, das vom *Bureau of Land Management (BLM)* verwaltet wird, sowie im *Tusayan Ranger District* des *Kaibab National Forest*. Dieses Moratorium bedeutet, dass die betreffende Region den Regelungen des höchst umstrittenen *Mining Law* von 1872 entzogen wird (*withdrawal*). Das veraltete Bergbaugesetz räumt dem Abbau der Ressourcen auf öffentlichem Land eine Vorrangstellung gegenüber anderen Interessen ein. Seit vielen Jahren be-

mühen sich Indigene und Umweltschützer dieses Gesetz abzuschaffen, das in deutlichem Widerspruch zu allen ökologischen Erwägungen steht, denn natürlich gab es am Ende des 19. Jahrhunderts noch nicht einmal eine Vorstellung vom Umweltschutz wie wir ihn heute verstehen.

Neuer Uranboom?

In den vergangenen fünf Jahren wurden mehr als 5.000 neue Abbaclaims innerhalb des Ausnahmegebiets beim zuständigen *U.S. Forest Service* eingereicht. Der Großteil dieser Minen befindet sich innerhalb von zehn Meilen des Parks. Der neue Ansturm im Uranabbau erklärt sich nicht zuletzt aus dem gestiegenen Uranpreis. Lag der Wert eine Pfunds Uran 2005 noch unter 20\$, wurde das Uran im Juli 2010 bereits bei 60\$ gehandelt. Dem Anstieg lag eine angenommene gestiegene Nachfrage zugrunde, da die Atomlobby davon ausging, dass innerhalb des nächsten Jahrzehnts zahlreiche neue Atomkraftwerke entstehen könnten. US-Präsident Obama hatte sich bei seinem Amtsantritt 2009 für den Bau neuer AKWs ausgesprochen und Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

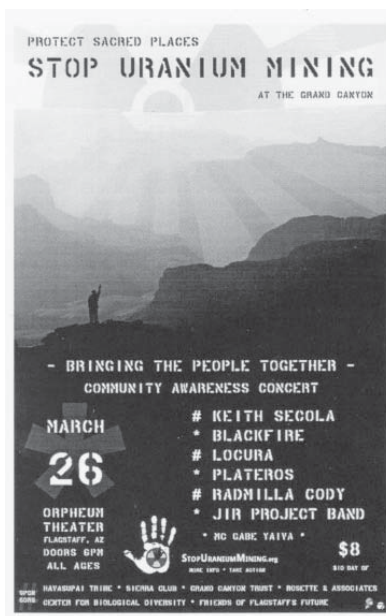
USA haben 104 AKWs, die 20% der nationalen Stromversorgung liefern, und 50 bis 55 Millionen Pfund Uran pro Jahr verschlingen. Die heimische Versorgung mit Uran betrug 2007 etwa 4 Millio-

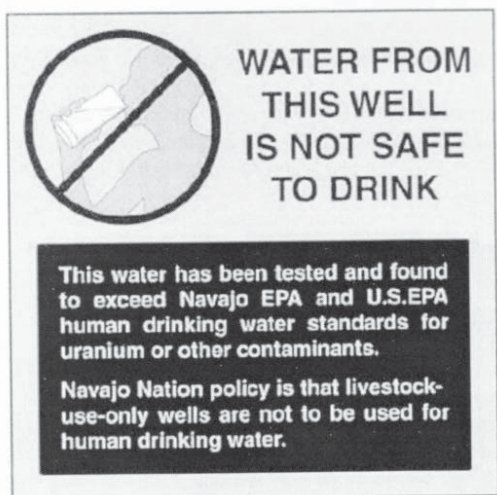
nen Pfund (8%). Der Rest wird aus dem Ausland bezogen: 75 % dieses Fremdurans stammt aus drei Ländern: Australien (22%), Kanada (31%), Russland (24%). Nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) besitzen die USA 6% der weltweiten Uranvorkommen, wobei der Großteil in Wyoming und Arizona zu finden ist.

Uranminen am Grand Canyon

Die Mehrheit der Claims bestreiten die kanadischen *Denison Mine Corp* und *Vane Minerals*. An Dension ist übrigens auch *Areva* beteiligt. Allein *Denison Mines* hat im *Arizona Strip* 110 Claims eingereicht. Derzeit sollen drei Minen wieder eröffnet werden: *Pinenut, EZ, Canyon Mine*. Die Arbeiten an der Uranmine *Arizona I*, 35 Kilometer südwestlich von *Fredonia*, wurden bereits im Dezember 2009 aufgenommen.

Der Uranabbau fand vor allem zwischen den 1960er bis 1980er Jahren im *Arizona Strip*, dem Rand des Grand Canyons und angrenzenden (Stammes-)Gebieten statt. Noch heute ist das Erbe dieses Abbaus präsent, u.a. durch aufgelassene Minen und Tailings, welche die Region weiterhin kontaminieren. Die Kosten tragen Mensch und Umwelt. So gehen Schätzungen davon aus, dass allein der 2009 begonnene Rückbau der 1969 geschlossenen *Orphan Mine* am Südrand des Grand Canyon





rund 15 Millionen Dollar kosten wird, die vom Steuerzahler getragen werden.

Man muss nicht erst an den Dambruch von Churchrock 1979 erinnern, als fast 400 Millionen Liter radioaktiv verseuchtes Wasser die Region kontaminierten, um sich der Gefahr durch die Minen bewusst zu werden. Schon jetzt hat der *National Park Service* eine Warnung erlassen, das Wasser des Little Colorado, des Canab Creek, Horn Creek und anderer Flüsse nicht zu trinken, da es kontaminiert sei. Betroffen davon sind vor allem die Indianer in der Region. Nach dem Unfall von Churchrock mussten 350 Navajo-Familien umgesiedelt werden. Die Betreiber von Churchrock, Phillips Petroleum Corp. und Hydro Resources Corp. wurden niemals belangt. Es dauerte fast 30 Jahre, bis 2007 überhaupt erstmals ein Programm zur Feststellung der Kontamination des Navajolands verabschiedet wurde. Wo keine Restaurierung möglich ist, sollten verseuchte Häuser abgerissen werden. Doch bis Winter 2009 waren überhaupt erst 113 von 500 Häusern in einem Gebiet von 70.000 Quadratkilometern untersucht worden.

Die Indianer waren schon immer Opfer des Uranabbaus. Vor allem die Dineh waren besonders betroffen. Auf ihrem Land wurden fast

vier Millionen Tonnen Uran abgebaut. Über die Gefahren des Uranabbaus wurden sie nicht aufgeklärt, als Tausende in den Minen arbeiteten und sich kontaminierten. Unzählige Krebstote waren die Folge dieser Verstrahlung, die noch heute ihre Auswirkungen zeigt. Und die Gefahr aus den Tailings besteht weiterhin, denn von den über 1.100 genutzten Uranminen auf dem Land der Indianer, darunter Mount Taylor (1979-1990) oder Laguna Mine (1979-1982), ist nicht einmal die Hälfte auch nur annähernd gesichert. Die Verwehungen der Tailings verbreiten sich über das Land und setzen sich in den Flüssen ab. Insgesamt gibt es mehr als 2.000 aufgelassene Uranminen im Südwesten der USA.

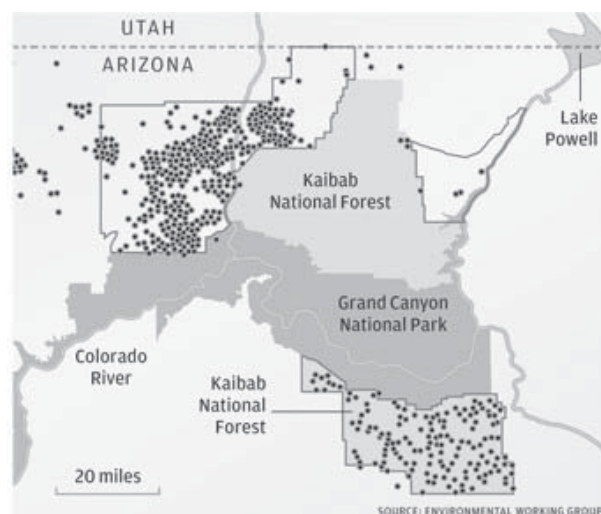
Der Uranabbau am Grand Canyon würde eine weitere Gefahr für das Land und Leben der Indianer bedeuten, denn der dortige *Cocconino Acquifer* versorgt das gesamte Gebiet mit Wasser. Die Indianer sind nicht die einzigen, die sich Sorgen über die Auswirkungen neuer Minen machen. Selbst das städtische Wasseramt von Los Angeles sowie die Wasserbehörde von Südnevada haben ernsthafte Bedenken zum Ausdruck gebracht, insbesondere über eine Kontamination des Colorado River, falls der Uranabbau am Grand Canyon genehmigt

Verseuchtes Wasser

würden sollte. Im Fall einer Verseuchung wären 25 Millionen Menschen in Arizona, Nevada und Südkalifornien einer ernsthaften Gefahr ausgesetzt, da sie auf die Wasserquellen des Colorado River angewiesen sind – ob als Trinkwasser oder für die Landwirtschaft. Das US-Umweltamt hat festgestellt, dass allein auf der Navajo-Reservation in mindestens 22 Dinehgemeinden das Wasser nicht trinkbar ist. Rund 30% der Dineh haben keinen Zugang zu sicherem Wasser und nutzen Quellen die vermutlich mit Uran belastet sind, so die Behörde.

Indianischer Widerstand

Wiederholt haben sich die Indianer gegen den Uranabbau auf ihrem Land ausgesprochen. 2005 erließ die Navajo Nation einen Bann gegen den Uranabbau auf ihrem Land. Klare Stellungnahmen gibt es auch von den Hopi, den Hualapai oder Havasupai, die soeben im März 2011 ihre Resolution gegen Uranabbau erneut bekräftigt haben. Gerade die Havasupai, die am Grund des Grand Canyon leben, wären von den jetzigen Plänen neuer Uranminen besonders betroffen. Nicht nur physisch, sondern auch in ihren kulturellen und religiösen Rechten, denn der Red Butte, der in dem betreffenden Gebiet liegt, gilt ihnen als heiliger Berg.



Gerichtsklage gegen Uranabbau

Unterstützung erhalten die Indianer durch drei große Umweltorganisationen: *Sierra Club*, *Center for Biodiversity* und *Grand Canyon Trust*, die im November 2009 eine Gerichtsklage gegen das BLM einreichten, da die Genehmigung der Arizona I Mine von Denison Mines gegen die Gesetze verstoße, namentlich den *Endangered Species Act* und den *National Environmental Protection Act*. Denison Mines hatte für den Antrag der 1998 genehmigten Arizona I Mine veraltete Umweltgutachten vorgelegt und das BLM hat somit seine Sorgfaltspflicht verletzt. Die Umweltorganisationen verlangen zudem die Verabschiedung des 2008 und 2009 eingebrachten *Grand Canyon Watersheds Protection Act*. Der demokratische Abgeordnete Raul Grijalva hatte die Gesetzesvorlage HR 644 in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender des Kongressausschusses zu Nationalparks, Wald und öffentlichem Land eingebracht – doch bislang ohne Erfolg. Im Übrigen sind die politischen Lager gespalten, denn der republikanische Senator John McCain

wie auch Arizonas Gouverneurin Jan Brewer sind erklärte Befürworter des Uranabbaus.

Tourismus als Faktor

Doch nicht der Bergabbau, sondern der Tourismus ist der Motor der Region. Die *Northern Arizona University* führte eine Untersuchung im April 2005 durch, die *Grand Canyon National Park Northern Arizona Tourism Study*, der zufolge der Besucherstrom am Grand Canyon jährlich direkt oder indirekt 687 Millionen Dollar in die lokale Wirtschaft spült und rund 12.000 Vollzeitjobs sichert. Jedes Jahr besuchen fünf Millionen Besucher den Grand Canyon – Herzstück der regionalen Wirtschaftsmaschine. Diese Ergebnisse werden auch vom *Arizona Office of Tourism* gestützt. Anders als die Gewinnung von Öl, Gas oder Kohle auf öffentlichem Land, bringt der Abbau im harten Gestein (*hard rock minerals*), also im Fall von Uran, keine Steuereinnahmen für die öffentliche Hand. Selbst die *New York Times* griff diesen finanziellen Aspekt des Themas in einem Artikel vom 07.03.2011 auf, in dem sie klar gegen Uranabbau Stellung bezog.


Insbesondere sei eine Reform des längst überholten Bergbaugesetzes nötig. Seit Jahren redet der Kongress über eine Reform des *Mining Law*, doch Senatoren aus dem Westen haben diese stets blockiert, namentlich Harry Reid aus Nevada; der an anderer Front immerhin gegen das Atomendlager Yucca Mountain kämpft.

Withdrawal Area

Ziel der Klage der Umweltorganisationen ist die Verhängung einer Schutzzone, eben jener *Withdrawal Area*, rund um den Grand Canyon für die nächsten 20 Jahre. Die vorgeschlagene Regelung würde den Abbau von Claims auf diesem Land einschränken. Dieses Schutzgebiet ist in drei Parzellen aufgeteilt, die alle an den *Grand Canyon National Park* grenzen: zwei im Norden auf dem vom BLM verwalteten *Arizona Strip* und dem Gebiet des *Kaibab National Forest* (KNF) und eine im Süden des Grand Canyons, ebenfalls auf KNF-Land. Die Grundlage für die *Withdrawal Area* bildet Abschnitt 204 des *Federal Land Policy Management Act*. Sollte dieser *Withdrawal* umgesetzt werden, bezöge sich die Aussetzung des Abbaus allerdings allein auf neue Claims zum Uranabbau, andere Vorhaben der Ressourcennutzung oder bestehende Projekte auf öffentlichen Land wären davon nicht betroffen.

Umweltstudie

Seit dem Erlass hat das Innenministerium (DOI) evaluiert, ob die Limitierung um weitere 20 Jahre verlängert werden soll. Am 18. Februar 2011 veröffentlichte das DOI den Entwurf eines Umweltgutachtens (Draft Environmental Impact Statement, DEIS). Entsprechend der Regeln finden im März Anhörungen statt und die Öffentlichkeit hat nun 45 Tage Zeit, bis



NATIONAL CONGRESS OF AMERICAN INDIANS

The National Congress of American Indians
Resolution PSP-09-088c

TITLE: Hualapai's Opposition to Uranium Exploration and Mining on Sacred Land and Sensitive Sites

WHEREAS, various federal agencies have invited public comment on proposed uranium explorations and uranium mining within areas apparently not covered by the Secretary's proposed withdrawal.

NOW THEREFORE BE IT RESOLVED, that the NCAI does hereby support the Hualapai Tribe's strong opposition to proposed exploratory drilling and uranium mining:

1. Commends the Secretary of the Interior for the proposed withdrawal of federal lands from claims under the 1872 Mining Law and calls for the Secretary to make a final decision to proceed with the withdrawal;
2. Opposes proposals by uranium mining companies to conduct exploratory drilling for uranium within the jurisdiction of various federal land managing agencies;
3. Calls upon the Secretary of the Interior to conduct a review of Solicitor's opinions on the regulations of Hardrock mining;
4. Supports efforts in Congress to repeal or substantially amend the 1872 Mining Law;
5. Opposed exploration for uranium and uranium mining without Hualapai tribal approval on all Hualapai ancestral lands including lands under the sovereign authority of the Hualapai Tribe; and

Resolution vom Oktober 2009

zum 4. April Stellung zu nehmen. Das DEIS ist das Ergebnis des Inputs von zahlreichen Beteiligten: Experten, Vertretern des BLM, *Arizona State Office*, *Arizona Strip District Office* und *Kaibab National Forest*. Dabei beinhaltet das Umweltgutachten vier Alternativen, wie die Situation ferner zu behandeln sei. Allein die Alternative B unterstützt die Anliegen der Urangegner. Die anderen drei Optionen würden weiteren Abbau erlauben und gravierende Folgen nach sich ziehen, u.a. 30 neue Uranminen, die fast 2 Milliarden Liter Grundwasser für den Abbau benötigen würden. Die Kontamination weiter Regionen wäre absehbar.

Kritik an ADEQ

Der Vorstoß des ADEQ, noch während der Anhörungsphase des DEIS, die Genehmigungen zu erteilen, wird von den Umweltorganisationen scharf kritisiert. Sie verweisen darauf, dass ADEQ die Genehmigungen nicht hätte erteilen dürfen, da sie im Widerspruch zur Aufgabe der Behörde stehen, welche die Umwelt schützen und nicht gefährden soll. Die Claims des Unternehmens seien zudem nichtig, da die Abbauprojekte die gültigen Umweltstandards nicht erfüllen würden. ADEQ geriet weiter in die Kritik, nachdem Recherchen der Zeitung *Arizona Daily Sun* ergeben hatten, dass erst neun Monate nach Beginn der Arbeiten an Arizona I Inspektionen der Bodenqualität durchgeführt wurden. Auch vier gravierende Verstöße gegen die Auflagen der Umweltbehörde, deren Beseiti-

gung ADEQ wiederholt anmahnte, wurden nicht behoben.

Ein Bericht der *U.S. Geological Survey* enthüllte 2010, dass alle Stätten um den Grand Canyon, an denen Uran erforscht oder abgebaut wurde, eine erhöhte Radioaktivität aufweisen. Die Untersuchung stellte zudem fest, dass 15 Quellen und fünf Brunnen in der Region eine radioaktive Kontamination aufweisen, welche den vom Umweltministerium festgelegten zulässigen Höchstwert für Radioaktivität im Trinkwasser überschreitet. Tiefe Aquifers sind bereits durch den Uranabbau am Grand Canyon kontaminiert und die Behörden wissen bis jetzt nicht, wie sie die Verseuchung zweier Bäche durch Uran aus der aufgegebenen Orphan Mine eindämmen sollen. Taylor McKinnon, Sprecher vom *Center for Biological Diversity*, warf der Regierung vor, russisches Roulette mit einem kostbaren Gut zu spielen, das unwiderruflich zerstört würde, sollte es zu einem Unfall kommen. In seinen Genehmigungen versäumt ADEQ, die Unternehmen zur Überwachung des Uranstaubs in der Luft zu verpflichten. Die feinen Partikel können über die Atemwege in den menschlichen Körper gelangen und zu Mutationen der DNA oder Krebs führen.

Auch die Wassergenehmigung sieht keinen Monitoringprozess für die Auswirkungen stromabwärts der Minen vor. Darüber hinaus fehlen Notpläne für den Fall einer Kontamination. Die Kritiker bezeichneten die Genehmigung als Pauschalerlass und sehen diese laxen Vorgaben im politischen Zusammenhang, denn unter der früheren Regierung der demokratischen Gouverneurin Janet Napolitano seien die Vorgaben wesentlich konkreter gewesen, so eine Sprecherin des *Sierra Club*. Doch die jetzige Gouverneurin Jan Brewer verfolge andere Interessen, so die Umweltorganisation, und setze damit in bestürzender Weise den Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Menschen in der Region aufs Spiel.

Der indianische Widerstand gegen den Uranabbau geht weiter. Beim IPPNW-Kongress im August 2010 in Basel haben sie erneut, ihren Protest zu Ausdruck gebracht. Bleibt zu hoffen, dass auch die amerikanischen Behörden aus den Vorgängen in Japan lernen.

Monika Seiller

Letzte Meldung: Frist für Kommentare wurde bis 04.05.2011 verlängert

Erklärung der indigenen Delegierten des Vorkongresses „Sacred Land, Poisoned Peoples“ an den 19. Weltkongress der IPPNW

In der heutigen Zeit, in der die Zerstörung von Mutter Erde und der Gesundheit der Menschen durch die Erschließung nuklearer Ressourcen immer weiter zunimmt, haben sich Repräsentanten indigener Völker auf dem Vorkongress „Sacred Lands, Poisoned People“ getroffen und sich über ihren Widerstand gegen Uranabbau ausgetauscht. Von Kanada und den USA bis Niger, Mali, Namibia, Tansania und Malawi, von Russland und Deutschland, über Australien bis Brasilien und Indien - Völker aus der ganzen Welt, die sich mit den Folgen dieser tödlichen Industrie konfrontiert sehen, haben sich hier zusammengefunden.

Vergangene, gegenwärtige und zukünftige Generationen indigener Völker sind überdurchschnittlich betroffen von Uranabbau, Atomwaffen und der Atomindustrie. Die nukleare Produktionskette führt zu einer radioaktiven Verseuchung der Menschen, des Landes, der Luft und des Wassers. Sie bedroht unsere Existenz und die zukünftiger Generationen. Uranabbau, die Weiterentwicklung von Atomenergie und internationale Abkommen, die die nukleare Produktionskette fördern, verletzen Menschenrechte und das Recht von Mutter Erde auf eine unversehrte Natur. Sie gefährden unser Überleben und unser Recht auf eine eigene Spiritualität, die ohne eine intakte Umwelt nicht gelebt werden kann.

Die gefährlichen gesundheitlichen Auswirkungen radioaktiver Strahlung beginnen mit dem Abbau von Uran. Wir bekräftigen hiermit die Erklärung des World Uranium Hearing in Salzburg, 1992, das Uran und seine radioaktiven Zerfallsprodukte in der Erde verbleiben müssen. Und wir erklären unsere Solidarität mit all jenen, die für ein Ende des Uranabbaus und seiner Weiterverarbeitung sowie gegen den unverantwortlichen Umgang mit radioaktivem Abfall, Atomenergie und Atomwaffen eintreten.

Wir setzen uns voll und ganz ein für eine atomfreie Zukunft für alle Völker!

